

Stadt Zug sagt Ja zum GIBZ

Die Stadtzugerbevölkerung zeigt klare Unterstützung für die Verdichtung: Mit dem Ja zum Bebauungsplan GIBZ (Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Zug) und dem Hochhaus «PI» steht die Stadt vor einem neuen Kapitel nachhaltiger Stadtentwicklung.

Am Sonntag, 9. Februar, haben die Stadtzuger Stimmberechtigten mit einer deutlichen Mehrheit den Bebauungsplan Geviert GIBZ angenommen. Die Stimmbeteiligung lag bei 55,31 Prozent. Dieses Ergebnis ebnet den Weg für ein bedeutendes städtebauliches Projekt, das Wohnen, Bildung, Arbeit und Freizeit in einem neuen Quartier miteinander vereinen wird.

Innovatives Hochhaus als Kernstück

Ein herausragendes Element des Bebauungsplans ist das Hochhaus «Pi», ein innovatives Wohngebäude aus Holz, das rund 180 Wohnungen umfasst, davon etwa 130 preisgünstig nach kantonaler Wohnraumförderung. Das Projekt, das Teil des Tech Clusters Zug ist, soll die Wohnungsnot in Zug lindern und ein nachhaltiges, generationenübergreifendes Wohnangebot schaffen. Stadträtin Eliane Birchmeier, Vorsteherin des Baudepartements, äusserte sich erfreut über das Ergebnis: «Der Bebauungsplan GIBZ mit dem Wohnhochhaus Pi ist ein Vorzeigeprojekt für eine nachhaltige und städtebaulich verträgliche Verdichtung.» Besonders hob sie hervor, dass ein Grossteil der Wohnungen für Personen mit mittleren und niedrigeren Einkommen zugänglich sein wird – ein wichtiger Schritt für mehr soziale Durchmischung in Zug. Der Bebauungsplan fand breite Unterstützung über alle politischen Lager hinweg. Die SP Stadt Zug betonte, dass das Projekt den Ansatz «Verdichtung plus preisgünstiger Wohnraum» eindrucksvoll umsetze. «Das wesentliche Plus des Bebauungsplans ist das Mehr an bezahlbarem Wohnraum, der dringend benötigt wird», so SP-Präsident Rupan Sivaganesan. Die FDP freute sich über die Planungssicherheit und betonte, dass der Stadtzuger Mittelstand bei der Vergabe der neuen



Ein herausragendes Element des Bebauungsplans ist das Hochhaus «Pi», ein innovatives Wohngebäude aus Holz.

Wohnungen priorisiert werden solle. Ähnlich äusserten sich die Mitte, die ALG und die GLP, die das Projekt als «innovativ und zukunftsfähig» lobten. Die SVP hob hervor, dass das Projekt von privaten Bauträgern wie der Tech Cluster Zug AG realisiert werde und damit ein Modell für künftige Projekte sei. Gleichzeitig äusserte sie Bedauern über den Abriss bestehender Wohnblöcke, wies jedoch auf die Verpflichtung der Bauherrschaft hin, Lösungen für die betroffenen Mieter zu finden.

Kritik und Herausforderungen

Nicht alle waren begeistert vom Ergebnis. Das Referendumskomitee «PI-NIE» äusserte sich enttäuscht und kritisierte die dominante Rolle der Bauherrschaft sowie die mangelnde Unterstützung durch die politische Linke. «Das Hochhaus Pi wird an der Baarerstrasse kein Einzelfall bleiben», warnte das Komitee und kündigte an, die weitere Entwicklung kritisch zu beobachten. Auch

die Umsiedlung der bisherigen Bewohner der Abbruchhäuser bleibt eine Herausforderung. Fraktionen wie die ALG betonten, dass diese Menschen sorgfältig begleitet werden müssten, um soziale Härten zu vermeiden.

Der nächste Schritt

Mit dem Abstimmungsergebnis wird nun die zweite öffentliche Auflage des Bebauungsplans eingeleitet. Nach der Genehmigung durch die kantonale Baudirektion kann der Plan in Kraft treten. Anschliessend folgen die detaillierte Planung und Umsetzung der Bauprojekte, für die jeweils Baubewilligungen erforderlich sind. Das Hochhaus «Pi» und der Bebauungsplan GIBZ stehen exemplarisch für die Herausforderungen und Chancen einer nachhaltigen Verdichtung in städtischen Räumen. Dieses richtungsweisende Projekt könnte weit über Zug hinaus als Modell für moderne Stadtentwicklung dienen. MS

Nicht noch teurere Wohnungen

Die Wohnungsnot im Kanton Zug ist in aller Munde. Das Kantonsparlament hat sich in den letzten Sitzungen stundenlang über mögliche Ansätze und Lösungen unterhalten. Ich bin als Immobilienunternehmer seit vielen Jahren mitten in der Thematik drin und weiss nur eines: Lösungen zu finden ist nicht einfach. Das Angebot-Nachfrage-Verhältnis ist aus den Fugen geraten. Die Nachfrage wird anhaltend hoch bleiben, das Angebot leidet unter vielen Faktoren. So werden seit Jahren keine Einzonungen mehr gemacht, das nationale Raumplanungsgesetz verhindert das.

Die Verdichtung nach innen steht quasi still. Sind es nicht Nachbarn, die sich gegenseitig bekämpfen, ist es die Baubürokratie, die alles schwierig macht, oder die Verkomplizierung von Bebauungsplänen, die eigentlich als Rezept für mehr Wohnungen auf gleicher Fläche gelten. Es geht einfach nicht vorwärts. Seit Jahren mischt die vereinte Linke in der Diskussion mit und wie immer sind deren Lösungen die gleichen. Die SP Initiative für einen 40% Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei Bebauungsplänen hat nun zum totalen Stillstand solcher Projekte geführt. Jetzt will man es mit dem Öffnen der Geldschleusen bekämpfen. Staatlicher Wohnungsbau, in Form von Fonds, soll das Problem lösen.

Diese Gelder machen das Problem aber nur noch grösser. Warum? Ganz einfach: es ist ein zusätzlicher Mietbieter am Tisch, der die Preise noch mehr nach oben jagt. Ebenfalls aus dem Hause SP kommt nun die Mehrwertinitiative, die schon in mehre-



Adrian Risi.

Foto: zvg

ren Kantonen lanciert worden ist. Heute könnten Gemeinden auf Neuzonungen einen Teil des Mehrwerts abschöpfen, das wird aber kaum gemacht. Neu will die SP, dass 30% aller Neu- und Aufzonungen (auch innerhalb von Bebauungsplänen) als Mehrwert abgeschöpft werden müssen. Die so eingesammelten Steuern, sollen ausschliesslich für Massnahmen für preisgünstige Wohnungen verwendet werden. Leider hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag gemacht, der die Sache nur leicht erträglicher macht, nämlich 20% bei einem Freibetrag von 1,5 Millionen Franken. Sollte das durchkommen, werde Wohnungen noch teurer. Das Komitee «Wohnungsverteuerungsinitiative» unter der Leitung der FDP und SVP kämpft nun vehement dagegen. Wir wollen nicht noch teureren Wohnungen im Kanton Zug, sondern endlich die Probleme realistisch und pragmatisch angehen.

Adrian Risi, SVP Kantonsrat
Immobilienunternehmer

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Zug

Für Zuger und Zugerinnen ist es seit längerem schwierig, bezahlbaren Wohnraum im Kanton zu finden. Dies hat mit der Attraktivität des Kantons und dem begrenzten Angebot zu tun. Die Politik hat das erkannt und der Regierungsrat des Kantons Zug reagiert auf die zunehmenden Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt und hat eine umfassende Wohnpolitische Strategie 2030 (WPS 2030) entwickelt. Diese zielt darauf ab, die angespannte Wohnsituation zu entschärfen und langfristig bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten sicherzustellen. Weiter hat der Kantonsrat an seinen letzten Sitzungen verschiedene Vorstösse zu diesem Thema behandelt und wird sich weiter intensiv mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Einige Vorstösse sind dabei gut angedacht, aber nicht immer zu Ende gedacht. Die Wirtschaft verhält sich anders und Investoren und Wohnbaugenossenschaften setzten nur dann etwas um, wenn es finanziell tragbar ist. So sind die geplante Mehrwert-Initiative und auch der Gegenvorschlag an der kantonalen Abstimmung am 18. Mai in diesem Jahr abzulehnen. Die Initiative und der Gegenvorschlag tragen leider nichts zur Problemlösung bei und führen sogar dazu, dass noch weniger Wohnungen realisiert werden, als gemäss geltenden Gesetz möglich wären.

Neuer bezahlbarer Wohnraum soll aufgrund Neueinzonungen oder Aufzonungen oder eines Sondernutzungsplan erstellt werden dürfen. Hier soll der Kanton und die Ge-



Thomas Gwerder.

Foto: zvg

meinden Hand bieten für solche Anpassungen. Als Vorstandsmitglied einer Zuger Wohnbaugenossenschaft ist es für mich ein grosses Anliegen, dass wir auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum anbieten können und wir möchten dies in Zukunft weiter ausbauen, damit möglichst viele Zugerinnen und Zuger davon profitieren können. In die richtige Richtung geht das Postulat mit den sogenannten «Zugerwohnungen». Hierbei sollen Zugerinnen und Zuger, die nachweislich seit mehr als 10 Jahren im Kanton Zug ihren Wohnsitz haben, solche «Zuger Wohnungen» kaufen oder mieten dürfen. Aus meiner Sicht sollten solche Wohnungen als erste Priorität an Personen vermietet werden, die in unserem Kanton ausgewachsen und in die Schule gegangen sind. Diese Personen tragen unsere Kultur weiter und engagieren sich oftmals in Vereinen oder Organisationen für unser Gesellschaft.

Thomas Gwerder
Mitte-Kantonsrat, Baar

INFOS DES REGIERUNGSRATS

Programmvereinbarung bezüglich «Schutzstatus S»

Der Regierungsrat hat der Verlängerung der Programmvereinbarung «Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Schutzstatus S» mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) bis 4. März 2026 zugestimmt. Das bedeutet, dass der Bund weiterhin für Personen mit Schutzstatus S seinen Beitrag von 250 Franken pro Person und Monat ausrichtet. Der maximale Beitrag beträgt 3000 Franken pro Person und pro Jahr. Hintergrund des Entscheids ist, dass der Bund gemäss Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) für Personen mit Schutzstatus S keine Integrationspauschale vorsieht. Um diesen Personen den Einstieg in den Arbeitsmarkt dennoch zu erleichtern, beteiligt er sich an den Kosten der kantonalen Massnahmen.

Unterstützung Notfallpraxis der Zuger Ärzte-Gesellschaft

Die Notfallpraxis der Zuger Ärzte-Gesellschaft gewährleistet am Abend und an Wochenenden sowie an Feiertagen die Versorgung

für hausärztliche Notfälle. Nachdem aufgrund von zwei Bundesgerichtsurteilen keine Notfallzuschläge mehr abgerechnet werden können, ist der wirtschaftliche Fortbestand gefährdet. Da es sich um ein systemrelevantes Angebot handelt, soll der Betrieb durch den Kanton unterstützt werden. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Übergangslösung verabschiedet und beantragt dem Kantonsrat die Weiterführung, bis eine nachhaltige Regelung auf tariflicher Ebene vorliegt. Die Kosten für den Kanton belaufen sich auf rund 600'000 Franken pro Jahr.

Beitrag an Digitalisierungsprojekt «Zuger Zeitungen III»

Die Bibliothek Zugsammelt im Rahmen ihres Leistungsauftrags mit dem Kanton Zugerische Zeitungen. Im Zentrum der dritten Tranche des Digitalisierungsprojekts stehen die Zuger Nachrichten. Von diesem Medium sollen alle Ausgaben der Zeitspanne von 1930 bis zu deren Einstellung 1995 digitalisiert und im Volltext durchsuchbar gemacht werden. Konkret

handelt es sich um rund 208'000 Zeitungsseiten. Die Digitalisierung ermöglicht leichteren Zugang sowie Schutz und langfristige digitale Archivierung der Originale. Der Regierungsrat des Kantons Zug unterstützt das Digitalisierungsprojekt «Zuger Zeitungen III» mit einem Beitrag aus dem Lotteriefonds in der Höhe von 161'765 Franken.

Beiträge für das Projekt «Kirsch-Depot»

Der Regierungsrat unterstützt das Projekt «Kirsch-Depot (Erstellungskosten)» mit 100'000 Franken aus dem Lotteriefonds. Das Projekt hat zum Ziel, die reiche Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Zuger Kirschs sowie seine Bedeutung für Identität und Kulturerbe zu vermitteln. Zudem dient es als Wissenszentrum, gesellschaftlicher Treffpunkt und vielseitiger Veranstaltungsort, der die Zuger Altstadt belebt und für lokale Nutzung zugänglich ist. Des weiteren unterstützt der Regierungsrat das Projekt «Kirsch-Depot» mit 25'000 Franken aus dem Lotteriefonds als Anteil an die Betriebskosten 2027. RED